Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

259 (4.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkont. Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 259 | Freitag den 4. November 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Vom 6. bis 19. November sind alle öffentlichen politischen Versammlungen, auch solche in geschlossenen Räumen, vom Reichspräsidenten verboten worden.

*

Das Reichskabinett hat am Donnerstag seine Beratungen über die Agrarhilfsmaßnahmen abgeschlossen.

*

Der preußische Ministerpräsident Braun hat einen neuen Appell an Hindenburg gerichtet.

*

Im Berliner Verkehrsstreik, der am Donnerstag früh überraschend ausbrach, muß der Schlichter einen Schiedsspruch fällen.

*

Der Kommandant der „Niobe", Kapitänleutnant Ruhfuhs, wurde in Kiel freigesprochen.

*

Der hessische Staatspräsident Dr. Adelung erklärte in einer Rede in Darmstadt zum Streit Reich—Länder, daß zwischen der ablehnenden Haltung Bayerns und den Ansichten der übrigen Länderregierungen in sachlicher Beziehung keine Gegensätze beständen.

*

Von zuständiger bayerischer Stelle wird erneut festgestellt, daß trotz gegenteiliger Behauptung der Reichsregierung Bayern von den letzten Maßnahmen der Reichsregierung Bayern von den letzten Maßnahmen der Reichsregierung nicht rechtzeitig unterrichtet und damit übergangen worden sei.

*

Im Berliner Verkehrsstreik hat der Schlichtungsausschuß für Großberlin einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch gefällt, der eine geringe Lohnherabsetzung vorsieht. Die B.V.G. hat ihn angenommen, die Gewerkschaften haben ihn abgelehnt. Die Entscheidung über das Ende des Streikes, den auch die Nationalsozialisten unterstützen, wird Freitag vormittag fallen. — 52 kommunistische Funktionäre wurden festgenommen.

*

Im Rahmen des Wahlkampfes sprachen u. a. am Donnerstag Hugenberg im Berliner Sportpalast, Hitler in Hannover, Joos in Karlsruhe.

*

Bei dem Prozeß in Cherbourg gegen den Kommandanten des vor einigen Wochen gesunkenen französischen U-Bootes „Prometheus", bei dem 62 Mann den Tod fanden, stellte es sich heraus, daß der größte Teil der Besatzung nebst Kommandanten in der Bedienung des U-Bootes nicht genau Bescheid mußte.

Versammlungsverbot nach der Wahl

Alle öffentlichen Versammlungen vom 6. bis 19. November verboten

Berlin, 3. Nov. Der Herr Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein **mit dem Wahltage in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt.** Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage **vom 6. bis 19. November 1932** befristet.

Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes **eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die jetzigen Wochen erhöhte Ansprüche gestellt wurden, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.**

Ernennungen im diplomatischen Dienst

Berlin, 3. Nov. Der Herr Reichspräsident hat ernannt: den Generalkonsul Dr. Freiherrn von Grünau zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, den vortragenden Legationsrat Dr. Graf Adelmann von Adelmannsfelden zum Generalkonsul in Kattowitz; den Ministerialdirektor z. D. Dr. Zechlin zum Gesandten in Mexiko, den Gesandten z. D. Dr. h. c. Freytag zum Gesandten in Lissabon; den Gesandten Dr. Schmidt-Elskop (Montevideo) zum Gesandten in Rio de Janeiro; den Gesandten von Bülow Asuncion, zum Generalkonsul in Kalkutta; den Gesandten z. D. Weiß zum Gesandten in Asunction; den vortragenden Legationsrat Dr. Grobba zum Gesandten in Bagdad; den bisherigen Untergeneralsekretär des Völkerbundes, Freiherrn Dufour von Feronce zum Gesandten in Belgrad; den Gesandtschaftsrat Dr. Pistor zum Gesandten in Quito, den Generalkonsul in Jerusalem, Dr. Nord zum Gesandten in Bangkok. Mit der Leitung der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes wird der Gesandte in Riga, Dr. Strebe, betraut.

Beschlüsse des Reichskabinetts

Stützung der Getreidepreise — Einfuhrbeschränkung für Butter

Berlin, 3. Nov. Die Reichsregierung befaßte sich in ihrer Kabinettssitzung am 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaues erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Osthilfeaktion, die Gefährdung der bisher für den Osten aufgewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern. Die Reichsregierung hat daher die hierzu erforderlichen Maßnahmen beschlossen.

Die Reichsregierung hält es für ebenso dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden. Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Butterein fuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abreden ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung verhandelte.

Besonders berichtet wurde über die Einführungsbeschränkung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft. Die Reichsregierung veranlaßte, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

*

Entscheidung über die Kontingente nicht mehr in dieser Woche

Berlin, 3. Nov. Wie wir erfahren, steht der Zeitpunkt der **Entscheidung über die Kontingentfrage noch nicht fest.** In unterrichteten Kreisen rechnet man aber nicht damit, daß sie noch in dieser Woche erfolgt. Die Bearbeitung des Materials soll nach der amtlichen Mitteilung unverzüglich durchgeführt werden. Alsdann wird sich das Reichskabinett erneut mit dem Problem beschäftigen und seine Entscheidung treffen.

Bayern und das Reich

Neue Helds-Entschuldigung und Begründung!

München, 3. Nov. Die Auseinandersetzungen, die sich an die Stuttgarter Rede des Ministerpräsidenten Dr. Held geknüpft haben, haben diesem Veranlassung gegeben, in einer fast zweistündigen Rede vor Pressevertretern den **bayerischen Standpunkt zur Frage der Reichsreform** und zu den Maßnahmen der Reichsregierung darzulegen. Held betonte, daß die Behauptungen, **Bayern sabotiere eine Reichsreform**, vollkommen unbegründet seien (?) Bayern habe zu allererst auf die Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung hingewiesen. Allerdings habe man dabei in Bayern nicht an Dinge gedacht, die außerhalb der Rechtsstandpunkte liegen. Bayern bekämpfe jede Verfassungs- und Reichsreform die außerhalb des Rechts mit Gewalt durchgeführt werden sollte. **Erst wenn die verfassungsmäßigen Organe, also Reichsrat und Reichstag, sich gegen eine Reform oder gegen einzelne als notwendig erkannte Reformen wenden sollten, wäre es berechtigt, die Frage zu unternehmen, ob über die verfassungsmäßigen Bestimmungen hinweggegangen werden könne.** Man habe aber bis jetzt nicht den leisesten Versuch gemacht, die Verfassungsreform an die verfassungsmäßigen Instanzen überhaupt heranzubringen.

Was die Beseitigung des **Dualismus Preußen-Reich** anlange, so habe sich Bayern dagegen nie gesträubt. Dr. Held erinnerte an seine Stellungnahme auf der Länderkonferenz, bei der er sieben Grundforderungen hierzu aufgestellt habe, davon die, daß den anderen Ländern unter allen Umständen zuvor verfassungsmäßige Garantien gegeben werden müßten, daß sie nicht automatisch oder willensmäßig von diesem neuen Reich bedrängt oder in ihrer Selbständigkeit beeinträchtigt werden könnten. Die Wirkungen des Dualismus Preußen-Reich würden weit übertrieben. Ueber die Unterredung mit dem Reichskanzler im August d. J. sagte der Ministerpräsident, der Reichskanzler habe damals erklärt, auf seinem Stuhl habe noch niemals ein Mann gesessen, der so Föderalist sei wie er. Zudem habe der Kanzler ausdrücklich die Zusicherung gegeben, es werde nichts getan werden ohne vorher mit Bayern und den anderen Ländern in Verbindung zu treten. Zu den Geschehnissen vom 20. Juli erklärte der Ministerpräsident, Bayern sei vor den Staatsgerichtshof gegangen nicht um der preußischen Regierung Hilfsstellung zu leisten, sondern deshalb, weil das was heute Preußen geschehen sei, unter ähnlichen Voraussetzungen auch Bayern gegenüber unternommen werden könne. Zu dem was nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs geschah, sagte Held, man habe statt aus dem Urteil die Folgerungen zu ziehen, in einer **raschen und heimlichen Weise Tatsachen geschaffen**, über deren Charakter man keinen Augenblick im Zweifel sein könne. Die Maßnahmen selbst seien nicht mehr Provisorien, sondern **das Kernstück der Reichsreform**, die Gleichhaltung zwischen Reich und Preußen, die Bayern unmittelbares Interesse deshalb berühre, weil dadurch die preußische Willensbildung gleichzeitig Willensbildung des Reiches würde. Die Männer, die hinter diesen Plänen stünden, wüßten genau was sie wollten: die Reichsgewalt als einzige Zentralgewalt installieren und aus den Ländern Mittelinstanzen zu machen, die nichts zu sagen haben. Mehr noch: in der Ernennung des Staatssekretärs Popitz sehe er ein Zeichen daß man darüber hinaus auch die Gemeinden dem Einfluß des Reiches unmittelbar unterstellen wolle. Eine solche Reichsreform sei nicht föderalistisch, sondern durchaus zentralistisch. Held verwahrte sich gegen den Vorwurf unehrerbietiger Handlungen gegen den Reichspräsidenten und kam dann auf seine Stuttgarter Rede zu sprechen, deren Charakterisierung als Wahlrede er scharf zurückwies. Für eine Reichsreform sei Bayern zu haben, aber nicht auf dem Wege des Staatsstreichs oder des Artikels 48. Neben einer starken Reichsgewalt müßten auch die Rechte der Länder gesichert bleiben.

*

Bayern ist unterrichtet gewesen

Berlin, 3. Nov. Zu der neuen Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held vor Vertretern der Presse wird an maßgebender Stelle ausdrücklich betont, daß die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung durchaus darin einig ist, daß eine Reichsreform nicht durch Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Verfassung oder durch Gewaltanwendung erfolgen soll. Wenn Ministerpräsident Held weiter hervorhebt, daß ihm Reichsinnenminister Freiherr von Gayl zugesichert habe, den Entwurf einer Reichsreform vorher zur Stellungnahme zuzuleiten, so deckt sich diese Zusicherung des Reichsinnenministers vollkommen mit dem schon vorher wiederholt von der Reichsregierung gemachten Erklärungen gegenüber Bayern. **Die Reichsregierung hat diese Zusagen auch völlig innegehalten, denn es sind von der Reichsregierung keinerlei Maßnahmen getroffen worden, durch die die Verfassung angetastet wird, oder die Struktur des Reiches geändert werden soll.** Es kann nur immer wieder betont werden, daß alle Maßnahmen des Reiches in Preußen sich durchaus im Rahmen des Leipziger Urteils halten.

Dr. Held beschwert sich dann weiter, **daß er auch über diese Maßnahmen in Preußen nicht unterrichtet worden sei. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß der bayerische Vertreter in Berlin, Gesandter von Preger, durch den Staatssekretär der Reichskanzlei, Planck, eingehend über die bevorstehenden Maßnahmen in Preußen unterrichtet worden ist. Gesandter von Preger hat dem Reichskanzler ausdrücklich bestätigt, daß er diesen ihm mitgeteilten Standpunkt der Reichsregierung sehr ausführlich nach München weitergemeldet hat.**

Wenn Ministerpräsident Held dann am Schluß betont, daß die Möglichkeit einer Verständigung durchaus nicht ausgeschlossen ist, so stimmt ihm die Reichsregierung darin vollkommen zu. Nur ist man in Berlin der Auffassung, daß eine Fortsetzung dieser öffentlichen Auseinandersetzung nicht der geeignete Weg dafür sei.

Neuer Appell Brauns an Hindenburg

Berlin, 3. Nov. Ministerpräsident Braun empfing Vertreter der Presse und gab ihnen eine Darstellung der Verhandlungen des alten preußischen Staatsministeriums mit dem Reichskommissar über die Wiedereinsetzung in das Amt. Er erklärte, **daß alle Versuche, zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert seien.** Nachdem nun alle Mittel erschöpft seien, sehe er sich gezwungen, sich am Freitag erneut **an den Herrn Reichspräsidenten zu wenden. Er werde ihm in einem Briefe offen darlegen, wie sich die Dinge seit dem Empfang beim Reichspräsidenten entwickelt hätten.** Dabei werde er auseinandersetzen, daß das, worüber nach seiner Meinung bei dem Empfang eine Verständigung herbeigeführt worden sei, die **lojale Durchführung des Urteils des Staatsgerichtshofes durch die Reichsregierung, leider nicht eingetreten sei,** daß man im Gegenteil versuche, mit kleinlichen Mitteln die Wiedereinsetzung der alten preußischen Regierung in ihr Amt zu verhindern. Weiter werde er darauf hinweisen, daß der Herr Reichspräsident berufen sei, das Urteil auszuführen. Er werde ihn deshalb bitten, den Reichskommissar anzuhalten, endlich dafür zu sorgen, daß das alte preußische Staatsministerium wieder in sein Amt eingesetzt werde. Zum Schluß werde er noch betonen, daß er alles getan habe, um zu einer Verständigung zu gelangen. Um so mehr müsse er es bedauern, wenn er gezwungen sei, sich nocheinmal an den Staatsgerichtshof zu wenden.

Reichsmarinebesuch in Washington

T.U. **Washington**, 3. Nov. Der Kommandant der „Karlsruhe", sowie die Offiziere und Kadetten des deutschen Kreuzers werden am Freitag im Marinedepartement von Admiral Pratt empfangen werden. Es ist dies der erste Besuch einer deutschen Kriegsschiffsbesatzung in Washington seit dem Weltkrieg. Anschließend an den Empfang im Marinedepartement findet eine Kranzniederlegung auf dem Arlington-Nationalfriedhof statt. Für Samstag ist der Besuch der Marineschule in Annapolis vorgesehen. An diesem Besuch wird auch der deutsche Botschafter teilnehmen, dem militärische Ehrenbezeugungen durch Salutschießen erwiesen werden. Die Kadetten werden bis zum Sonntag als Gäste der Marineschule in Annapolis bleiben, die deutschen Offiziere sind von dem Leiter der Marineschule eingeladen worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Untergang der „Niobe" vor dem Marine-Kriegsgericht

Kiel, 3. Nov. In der Marineschule Kiel-Wik begann am Donnerstag vor dem Marinekriegsgericht die Verhandlung über den Untergang des Marinesegelschulschiffes „Niobe" am 26. Juli d. J., bei dem 69 Angehörige der Reichsmarine den Seemannstod gefunden haben. Vorsitzender in diesem Prozeß, für den zwei Tage vorgesehen sind, ist Marinekriegsgerichtsrat Schuck. Als militärische Beisitzer fungieren die Kapitänleutnants Berger und Bramesfeld. Die Anklage richtet sich gegen den Kommandanten der „Niobe", Kapitänleutnant Ruhfuß. Sie stützt sich auf Paragraph 326 StGB. Dieser Paragraph handelt von der fahrlässigen Herbeiführung des Sinkens eines Schiffes.

Zu der Verhandlung sind 20 Zeugen geladen, unter ihnen 13 frühere Angehörige der „Niobe" mit dem Wachoffizier, Oberleutnant Lott, an der Spitze, die bei dem Untergang gerettet werden konnten. Zu der Verhandlung haben sich zahlreiche Pressevertreter eingefunden. In der Anklage gegen Kapitänleutnant Ruhfuß werden die Umstände geschildert, unter denen das Unglück eintrat. Bei dem Ausmaß der Katastrophe, so heißt es in der Anklage, ist die Mutmaßung gerechtfertigt, daß das Unglück hätte vermieden werden können. Aus einem Führungszeugnis des Inspekteurs des Bildungswesens der Marine, Konteradmiral Schultze, ist hervorzuheben, daß Kapitänleutnant Ruhfuß als Offizier wie als Kommandant der „Niobe" eine hervorragende Dienstauffassung gezeigt habe. Seine Leistungen seien ausgezeichnet gewesen, so daß sie ihn also geeignet erscheinen ließen, unter vielen zum Führer des Schiffes ausgewählt zu werden.

Als Kommandant, erklärte Kapitänleutnant **Ruhfuß**, trage er für alles, was auf dem Schiffe geschehen sei, die volle Verantwortung. Er gab dann eine ausführliche Darstellung von dem Unglück. Zum Schluß seiner Aussage erklärte er: **„Ich fühle mich nicht schuldig. Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen alle Maßnahmen getroffen, die mir als altem Segler bei Gefahr nötig erschienen.** Ich hatte keinen Grund, mehr Segel zu bergen, da ich nach meinen Erfahrungen hinter der aufkommenden Gewitterböe nicht so viel erwarten konnte, als tatsächlich dahinterstecke."

Es wird dann die Frage erörtert, wie viel Zeit verstrichen sei zwischen dem Einfallen der Böe und dem Augenblick, wo das Schiff als verloren anzusehen war. Kapitänleutnant Ruhfuß meinte, daß es sich um Bruchteile von Sekunden gehandelt habe.

Die als Zeugen vernommenen Ueberlebende der „Niobe" bestätigten das plötzliche Auftreten der Böe, die mit ungeheurer Wucht eingefallen sei, deren Gefährlichkeit aber vorher nicht zu erkennen gewesen sei. Kapitän Thomsen, Führer des Feuerschiffes Fehmarn-Belt, erklärte, die aufkommende Böe habe nicht sehr gefährlich ausgesehen. Die Fortnahme der Obersegel bei der „Niobe" scheine ihm jedoch der Wetterlage angemessen gewesen zu sein.

Korvettenkapitän Kümpel, der frühere Kommandant der „Niobe", betonte, Kapitänleutnant Ruhfuß habe von Anfang an guten seemännischen Sinn und Verständnis gezeigt. Er habe die Ueberzeugung gehabt, daß Ruhfuß jeglicher Lage gewachsen sei. Zur „Niobe" selbst habe der Zeuge volles Vertrauen gehabt.

Kapitänleutnant Ruhfuhs freigesprochen

Kiel, 3. Nov. Die heutige Verhandlung vor dem Kriegsgericht wegen des Untergangs des Schulschiffes „Niobe" endete mit dem Freispruch des Kommandanten der „Niobe", Kapitänleutnant Ruhfuhs.

Die Reichsratsaussprache

Berlin, 3. Nov. Im großen Reichsratssitzungssaal trat der Reichsratsausschuß für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz übernahm Reichsinnenminister Freiherr von Gaul selbst der in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Zweigert, des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner und anderer Beamter seines Ministeriums erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Brecht und Badt anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preußischen Provinzvertreter vollständig erschienen. Auf der Tagesordnung steht offiziell die Geschäftslage des Reichsrats. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Sitzung, die als Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preußischen Regierung zwischen beiden vereinbart worden ist, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann. Die Sitzung des Reichsrats war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen. Im Anschluß an die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt. Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit. Sowohl die Ausschußsitzung als auch die Konferenz waren streng vertraulich; irgend welche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen.

Verkehrsstreik in Berlin

Berlin, 3. Nov. Das gesamte Personal der Berliner Verkehrsgesellschaft ist am Donnerstag früh in den Streik getreten, so daß unerwartet **weder Straßenbahn noch U-Bahn, noch Autobus verkehren.** Bis zur Stunde ist der Streik restlos durchgeführt worden. Einzelne Arbeitswillige versuchten, auf einzelnen Linien den Straßenbahnverkehr in Gang zu bringen, doch mußten sie wieder umkehren, **da die Wagen von Streikenden demoliert und die Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert wurden.** In der Berliner Allee in Weißensee wurde ein ins Depot fahrender Straßenbahnwagen der Linie 60 von etwa acht Nationalsozialisten durch Steinwürfe beschädigt. Zwei den Wagen begleitende Polizeibeamte konnten zwei der Täter festnehmen. Vor den einzelnen Straßenbahndepots sind zahlreiche Streikposten aufgestellt.

Eine Erklärung des „Angriff"

Berlin, 3. Nov. Der nationalsozialistische „Angriff" veröffentlicht zu dem **Berliner Verkehrsstreik** einen Aufruf, der den politischen Charakter der Bewegung klar erkennen läßt. Es heißt darin: „Der Ursprung dieses neuen wirtschaftlichen Kampfes von 20 000 Arbeitnehmern der BVG. ist in jahrelanger sozialdemokratischer Korruptionspolitik und in der Notverordnung des Herrn von Papen zu suchen... Auch dieser neue wirtschaftliche Kampf wird die Nationalsozialisten wie immer in vorderster Front für die Rechte der Arbeitnehmerschaft sehen. Daher werden **sämtliche Parteigenossen und Sympathisierenden, sowie alle Betriebszellen aufgefordert, sofort ihre Sympathie mit den Streikenden insofern zu beweisen, daß jeder das an geldlichen Mitteln zur Verfügung stellt, was er trotz Not und Armut noch geben kann.** Volksgenossen, zeigt, daß ihr Sozialisten der Tat seid."

*

Der Berliner Verkehr völlig lahmgelegt

Berlin, 3. Nov. Die Berliner warteten am Donnerstag früh zu Hunderten an den Haltestellen auf ihr gewohntes Verkehrsmittel. Erst als sie durch Flugblätter über den Streik bei der BVG. unterrichtet wurden, setzten sich die Massen in Bewegung, um zu Fuß an ihre Arbeitsstätten zu gelangen. An den Betriebsbahnhöfen der BVG. waren noch in der Nacht uniformierte Streikposten aufgestellt worden, die allen Arbeitswilligen den Zutritt zu den Wagenhallen verweigerten. An verschiedenen Stellen kam es zwischen Streikposten und Arbeitswilligen zu kleineren Reibereien, die jedoch von der Polizei im Keime erstickt werden konnten. Die Polizei hat bereits in der Nacht Sicherungsmaßnahmen getroffen und befindet sich zur Zeit in erhöhter Dienstbereitschaft.

Der Schlichter im BVG.-Streik angerufen

Berlin, 3. Nov. Die Verhandlungen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Bürgermeister Dr. Elsas, dem Vorstand der BVG. und den Gewerkschaften sind ergebnislos verlaufen. Der Vorstand der BVG. hat daraufhin den Schlichtungsausschuß Berlin angerufen. Die Verhandlungen begannen nachmittags. Die BVG. beantragt wie bisher 2 Pfennig Lohnsenkung pro Stunde, von vier zu vier Wochen auf den 1. jeden Kalendermonats kündbar. Die Gewerkschaften verlangen dagegen Verlängerung des bisherigen Tarifs bis zum 28. Februar 1933.

Der Schiedsspruch in der B.V.G.-Streitsache gefällt.

T.U. **Berlin, 3. Nov.** Am Donnerstag abend wurde in der D.V.G.-Streitsache folgender Schiedsspruch gefällt: Die Löhne werden für alle Kategorien mit Ausnahme der Fahrkartenausgeberinnen um 2 ₰ gekürzt. Das Lohnabkommen gilt bis 31. Dezember 1932 mit vierwöchiger Kündigung. Der Manteltarif wird bis 31. März 33 verlängert. Er ist sechs Wochen kündbar u. gilt im übrigen falls keine Kündigung eintritt, für ein weiteres Jahr.

Die Gewerkschaften lehnten diesen Schiedsspruch ab. Die B.V.G. hat ihn angenommen. Um 20,30 Uhr begannen die Vorverhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung beim Schlichter für den Bezirk Brandenburg.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Adolf Hitler im Sportpalast

Berlin, 3. Nov. Die von der NSDAP. veranstaltete Wahlkundgebung im Sportpalast war schon mehrere Stunden vor Beginn so überfüllt, daß kurz nach 6 Uhr die Polizei den Sportpalast schloß. Nach dem Fahneneinmarsch gedachte dann Graf Helldorf des SA-Mannes Hartwig, wobei der Redner scharfe Angriffe gegen die katholische Kirche richtete, die sich geweigert habe, dem Ermordeten die kirchlichen Ehren zu erweisen.

Adolf Hitler verteidigte in seiner Rede insbesondere seine Stellungnahme am 13. August. Man habe nie ernstlich daran gedacht, dem Nationalsozialismus irgend welchen Einfluß zuzugestehen, das habe auch schon Harzburg bewiesen, wo man lediglich die junge Kraft nutzen wollte, ohne die Nationalsozialisten an die Führung zu lassen. **Die Kluft zwischen dem Nationalsozialismus und den Regierenden sei so groß, daß eine gemeinsame Arbeit nie in Frage kommen könnte.** In seinen weiteren Ausführungen betonte Adolf Hitler, hätte er 1918 auch nur ein Korps unter sich gehabt, dann wäre die Revolution nicht gelungen.

*

Der Wahlkampf am Donnerstag

T.U. **Berlin, 3. Nov.** Adolf Hitler sprach am Donnerstag abend vor etwa 30 000 Personen in Kassel. Einleitend beschäftigte er sich mit seinem Verhalten am 13. August und erklärte, das einzige, was ihn bestechen und verführen könne, sei die Macht und die Führung selbst. Unterschiede weltanschaulicher Art so tief und so unüberbrückbar trennten ihn von den heutigen Männern, daß ein Zusammengehen unmöglich sei. Wenn man ihm, Hitler, heute den Vorwurf mache, er wolle auch die bürgerlichen Parteien vernichten, so könne er nur antworten, daß er sie gerade zusammenhalten und eine deutsche Gemeinschaft aufrichten wolle. Die geschichtliche Entscheidung, so schloß Hitler, kenne er heute schon. Die Zeit von jetzt vergehe, die Zukunft werde der Partei gehören, die sich hingebe in Opfern, in Tatkraft und in einer glühenden Liebe zum deutschen Volk. — In einer nationalsozialistischen Versammlung in Königsberg sprach Gregor Strasser, der bereits vorher in Insterburg eine Rede gehalten hatte. — Auf einer Wahlkundgebung der N.S.D.A.P. in Dortmund betonte Reichstagspräsident Göring, die wichtigsten Notverordnungen von Papens, die ihm so hoch angerechnet würden, stammten nicht von ihm, sondern seien schon von Brüning vorbereitet und mit Rosinen aus dem nationalsozialistischen Programm schmackhafter gemacht, als Papens Geistesprodukte veröffentlicht worden. — In Dresden entwickelte Gottfried Feder das Wirtschaftsprogramm der N.S.D.A.P. — In der Jahrhunderthalle in Breslau erklärte am Donnerstag abend der frühere Reichskanzler Dr. Brüning in einer großen Kundgebung der niederschlesischen Zentrumspartei: In einem Augenblick, in dem sich im Auslande die Stimmung zu unseren Ungunsten gewandelt habe, in dem die Arbeitslosigkeit weiter steige, in dem seit etwa zehn Jahren zum ersten Male in Berlin ein gewaltiger Streik ausgebrochen sei, streite man sich in Berlin darum, ob man einer rechtmäßig im Amte befindlichen Regierung Dienträume zur Verfügung stellen solle oder nicht. Man solle sich lieber auf die wirklichen Aufgaben konzentrieren auf die Außenpolitik und auf die Balancierung der Haushalte in Reich, Ländern und Gemeinden. — In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in Nürnberg betonte der Führer des badischen Zentrums, Prälat Dr. Föhr, das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen löse nach der sozialen Seite hin schwere Bedenken aus. — Otto Wels erklärte in einer sozialdemokratischen Wahlkundgebung in Hannover: Die Sozialdemokraten müßten dem Reichspräsidenten durch Wahl und Volksentscheid nachweisen, daß er von seinen Ratgebern mißbraucht werde. — Dr. Breitscheid sprach in einer sozialdemokratischen Wahlkundgebung in Würzburg. Er wandte sich in scharfen Worten gegen die Politik Papens. — In einer Wahlversammlung der niedersächsischen bürgerlichen Mitte in Hannover hob der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hervor, daß grundsätzlich gegen die wirtschaftspolitischen Versuche der Regierung von Papen nichts einzuwenden sei.

Das südslawische Kabinett zurückgetreten

T.U. **Wien, 3. Nov.** Die amtliche österreichische Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Meldung aus Belgrad:

Ministerpräsident Dr. Srskitsch übermittelte am Donnerstag abend dem König den Rücktritt des Gesamtkabinetts. An maßgebender Stelle wird erklärt, daß der Rücktritt nur durch die Gründung der neuen Regierungspartei und die Wahl des neuen Parteiausschusses hervorgerufen worden und demnach zunächst nur formaler Natur sei.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[7

Damit knallte sie die Tür hart hinter sich zu, Edith Bernheim in tiefer Verzweiflung zurücklassend.

Mit tränenleeren Augen, denn sie hatte schon zuviel geweint, sah diese vor sich nieder. Was sollte nun werden?

Die Pension dieser schrecklichen Frau Dovikat war schon an der Grenze des Möglichen. Wenn man noch schlechter wohnte, dann sank man hinab, rettungslos. Bald würde man überhaupt kein Zimmer mehr bezahlen können. Niemand, niemand auf der weiten Welt, der ihr half. Die Eltern gestorben, keine Anverwandten mehr, der Mann, dem sie in kindischer Verblendung gefolgt, tot — niemand, der sich ihrer annahm.

Wie ein schneller Gedanke tauchte das gütige, männliche Antlitz des Rechtsanwalts Weltner vor ihr auf. Aber er war der letzte, dem sie sich als Bittende nahen würde. Man konnte sterben — ja. Aber man konnte nichts gegen den Stolz der Seele einem Manne gegenüber, der schon so unendlich viel an einem getan, und den man im stillen und in aller Hoffnungslosigkeit liebte.

Lange saß Edith Bernheim da und überdachte ihr Leben, das in so unbekümmerter Jugend begonnen hatte und nach wenigen Jahren in so tiefer Dunkelheit zu enden bestimmt war. Nirgends sah sie ein Licht, nirgends einen Ausweg. Aber wozu grübelte sie so viel? Wer würde ihr nachtrauern, wenn sie den dunklen Weg gehen mußte, den in diesen Zeiten der Not und des Elends so viele junge Menschenkinder gingen? Niemand würde ihr auch nur eine Träne nachweinen. Niemand würde sie mit einem Gedanken vermissen.

So saß sie in dem kalt werdenden Zimmer in der Dunkelheit; Dunkelheit auch im Herzen, bis sie sich endlich mühsam erhob, um zu Bett zu gehen. Endlich erbarmte sich der Schlaf ihrer und schickte in ihren Traum freundliche Bilder von Glück und Frieden.

Viertes Kapitel.

Am nächsten Morgen erhielt Edith aus dem Anwaltbüro Weltners einen Rohrpostbrief, in dem sie aufgefordert wurde, baldigst bei Weltner zur Unterschrift eines nach Amerika an das dortige Konsulat bestimmten Schriftstücks zu erscheinen.

Sie machte sich schnell fertig. Da sie in der Nähe des Weltnerschen Büros eine Firma aufzusuchen hatte, so beschloß sie, zuerst in das Büro zu gehen.

Als sie in die Büroräume kam, war es etwa zehn Uhr. Die Tür zu dem Privatbüro Weltners stand offen. Es war leer.

„Herr Rechtsanwalt ist zu einer Verteidigung auf dem Landgericht", gab der Bürovorsteher Bescheid. „Gnädige Frau möchten sich einen Augenblick gedulden. Ich lasse gleich das Schriftstück hervorholen. Es ist nur die Unterschrift zu leisten. Oder wollen Sie auf den Herrn Rechtsanwalt warten?"

Edith verneinte. Es war ihr zwar eine kleine wehe Enttäuschung, den heimlich geliebten Mann nicht anzutreffen. Andererseits war es gut, daß sie ihm nicht wieder Zeit fortnahm, denn er hätte es sich doch nicht nehmen lassen, sie persönlich zu empfangen.

Während sie in dem Wartezimmer saß, dessen Tür zu den Arbeitsräumen geöffnet war, hörte sie den Sozius Weltners, den jungen Assessor Stein, ärgerlich sagen:

„Also mit dieser Sekretärin, dieser Müller, geht es so nicht weiter. Alle Augenblicke fehlt sie — wegen einem Schnupfen oder einem verdorbenen Magen. Ich wette, sie bummelt zuviel, das ist das Ganze. Wer schreibt mir nun den eiligen Schriftsatz? Haben Sie eine Dame frei, Herr Bürovorsteher?"

„Leider nein!" hörte Edith den Bürovorsteher sagen. „Alle Stenotypistinnen sitzen ja über der Reinschrift der Verteidigung, die morgen zu halten ist. Ich weiß beim besten Willen nicht, Herr Assessor, wie ich heute vormittag noch jemanden freimachen soll. Ich würde Ihnen ja den Lange schicken, aber der Herr Rechtsanwalt kann jeden Augenblick zurückkommen, und dann braucht er den auch."

„Verdammte Wirtschaft!" schimpfte der junge Assessor und rannte wie ein Wilder mit seinem Aktenbündel wieder in sein Zimmer.

„Ja, heute ist Hochbetrieb, gnädige Frau", sagte entschuldigend der Bürovorsteher. „Es ist auch schrecklich mit den Sekretärinnen; sie sind mehr krank als im Dienst. Und wir sitzen dann in der Verlegenheit drin."

Edith hatte mit Herzklopfen aus dem Wartezimmer heraus die Unterhaltung mit angehört. Jetzt gab sie sich einen Ruck.

„Herr Bürovorsteher", sagte sie schüchtern, „ich bin ja dem Herrn Rechtsanwalt sehr zu Dank verpflichtet für seine große Mühewaltung. Wenn ich mich erkenntlich zeigen und für die Sekretärin des Herrn Assessor einspringen könnte? — Natürlich nur für heute", fügte sie schnell hinzu, „wenn Sie in Verlegenheit sind."

„Sie, gnädige Frau?"

Der Bürovorsteher sah sie erstaunt an.

„Warum nicht?" fragte Edith. „Ich kann Schreibmaschine und Stenographie perfekt, und ich würde mich wirklich herzlich freuen, wenn ich mich für heute vormittag nützlich machen könnte, bis Ihre Angestellte wieder da ist oder Sie einen Ersatz haben."

„Ich weiß doch nicht, ob das geht", wandte der Bürovorsteher zögernd ein. „Vielleicht ist es dem Herrn Rechtsanwalt nicht recht, wenn eine Klientin von ihm hier arbeitet?"

Statt einer Antwort stand Edith auf, ging durch das erste Zimmer bis zur Tür des Assessors, öffnete sie und fragte bescheiden:

„Darf ich Ihr Diktat aufnehmen, Herr Assessor?"

Sie ließ dem Verblüfften gar nicht Zeit zu antworten, griff nach einem Stenogrammblock und einem Stift, der auf dem Schreibtisch lag, und setzte sich einfach auf den Stuhl ihm gegenüb

(Fortsetzung folgt.)